

„Elbemühl.“

Unter Vorsitz des Präsidenten Richard H. v. Schoeller wurde gestern die 44. ordentliche Generalversammlung der „Elbemühl“ Papierfabriks- und Verlags-Gesellschaft abgehalten.

Der vom Generaldirektor Ernst Pringhorn erstattete Bericht konstatiert, daß sich die Erzeugung der gesellschaftlichen Fabrik ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Vorjahr hielt. Daß trotz der starken Beeinflussung des Unternehmens durch den Weltkrieg kein Rückgang in der Papiererzeugung erfolgt ist, hat seinen Grund hauptsächlich in der rationellen Ausnützung der Fabriksanlagen. Die Gesehungskosten aller Erzeugnisse des Unternehmens sind fortwährend gestiegen, doch konnten Verkaufspreise erzielt werden, welche dieser Erhöhung Rechnung trugen, mit Ausnahme des Rotationsdruckpapiers, bei dem die Preise mit den Gesehungskosten nicht im Einklang standen. Die Auflagen sämtlicher Blätter des Verlages sind im Steigen begriffen. Trotz erschwelter Verhältnisse war das Erträgnis der Hoftheaterdruckerei ein befriedigendes. Der Bericht teilt schließlich mit, daß sich die Verwaltung veranlaßt gesehen habe, dem Beamtenkörper eine außerordentliche tantiemenfreie Zuwendung im Betrage von 120.000 Kronen und dem Unterstützungsfonds 100.000 Kronen zuzuweisen. Vom Reingewinn per 573.730 Kronen werden 26.886 Kronen dem Reservefonds zugewiesen, 14 Kronen per Aktie als Dividende verteilt, 60.000 Kronen als außerordentliche Abschreibung auf dem Verlagskonto festgesetzt und 60.843 Kronen auf neue Rechnung vorgetragen.

Aktionär kaiserlicher Rat Josef Kraus ergreift mit Freuden die Gelegenheit, um der Verwaltung und der Generaldirektion den besten Dank der Aktionäre für die erzielten Resultate auszusprechen. Redner, selbst der Papierbranche angehörend, wisse am besten zu würdigen, unter welcher schwierigen Verhältnissen die österreichische Papierindustrie im abgelaufenen Jahre gearbeitet habe. Umso größerer Dank gebühre daher der Verwaltung und insbesondere dem Generaldirektor Pringhorn, der sich als einer der wenigen tatkräftigen Führer der Papierindustrie für diese geradezu aufopfert habe. (Lebhafte Beifall.) In der neuen Art Publizistik werden „die, denen der Krieg gut anschlügt“, in eigenartiger Form bekämpft. Allerdings sind aber die, denen der Krieg gut anschlügt, für das Staats- und das Wirtschaftsleben weitaus wichtiger, als jene, die sie anfeinden. Die Industrie in Oesterreich muß erstarken, denn große Aufgaben stehen ihr für die Zeit des Friedens bevor. (Allgemeine Zustimmung.)

Aktionär Summer erklärt*, er ergreife das Wort, weil er sich berufen fühle, im Namen der öffentlichen Moral einiges zu sagen. Man möge von ihm nicht erwarten, daß er an dem Bericht des Verwaltungsrates Kritik üben werde. Jemand, der in Bilanz-aufstellungen auch Verstärker sei als er, könnte hier keine Kritik vorbringen, da der Bericht sich über verschiedene Punkte nicht mit wünschenswerter Klarheit ausspreche. Wir erfahren nur, sagt der Redner, daß die Zeitungsbetriebe trotz verschiedener Schwierigkeiten gut rentieren. Da sind aber gewisse Gegenstände festzustellen. Sie bewilligten den Beamten eine Zuwendung in der Höhe von 120.000 Kronen tantiemenfrei; das ist umso lobenswerter, als in der Verwaltung Herren sitzen, die an das Tantiemennehmen sehr gewohnt sind. Es wird aber nicht gesagt, wem diese Zuwendungen zukommen sollen. Es drängt sich nur die Frage auf, ob an diesen Zuwendungen auch die Journalisten beteiligt sein werden. Sie bedenken Beamte und Arbeiter, aber die Journalisten werden Sie doch nicht zu den Beamten rechnen.

Bei einem Unternehmen, das so gut geht, wie das Ihre, sollten Dinge, wie sie vorkamen, nicht gemacht werden. Es ist vorgekommen, daß man einem Journalisten höherer Qualität bei seiner Einstellung die fürstliche Entschädigung von 50 oder 60 Kronen monatlich bewilligt hat. Bei allen wollte dieses Vorgehen natürlich nicht gelingen, denn alle ließen es sich nicht gefallen. Was soll man aber zu einer Verwaltung sagen, die von ihren Angestellten einen Revers unterschrieben verlangt, der die Verpflichtung enthält, über das Unternehmen nicht zu schimpfen oder Ungünstiges auszusagen? Der Angestellte, der einen solchen Revers unterschrieben, stand vor höherer Gewalt, und nicht, daß dieser Revers unterschrieben, sondern daß er verlangt wurde, war schimpflich. Der Herausgeber einer Zeitung hat andere Verpflichtungen als

einer, der Birnen oder Pflaumen verkauft. Sie haben weniger Zeitungspapier erzeugt, dagegen aber Luruspapier in größerer Menge, und Ihren Unternehmungen die Preise erhöht. Das ist nach der heutigen Auffassung der Gerichte unzulässig, denn die Zeitung ist ein notwendiger Bedarfsartikel, insbesondere in der heutigen Zeit, wo ein Richter einen Staatsangehörigen verurteilt, weil er sich in Unkenntnis einer in den Zeitungen veröffentlichten Vorschrift einer Uebertretung schuldig gemacht hat. Sie sind mit den Preisen der einzelnen Zeitungsexemplare nicht hinuntergegangen, als der Umfang der Blätter ganz bedeutend eingeschränkt wurde. Es wäre wohl angezeigt, wenn einige Herren der Verwaltung, die durch ihre Mitgliedschaft bei zahlreichen anderen Verwaltungen so sehr in Anspruch genommen sind, die eine oder andere Stelle freiwillig niederlegen würden. Ich weiß wohl, daß mein Appell bei der Zusammenkunft dieser Versammlung aussichtslos ist. Aber es muß im Interesse der öffentlichen Moral ausgesprochen werden. Ich hätte gewünscht, daß die Verteuerung des Papiers weniger hart zum Ausdruck gekommen wäre, denn ich glaube, daß ein Unternehmen, das mit der Öffentlichkeit so sehr verbunden ist, die Verpflichtung hat, auch an das Interesse der Öffentlichkeit zu denken. Es gibt vielleicht auch einen Grund, weshalb Ihre Zeitungen nicht so verbreitet sind, vielleicht weil die Verwaltung zu sehr auf die Führung der Blätter einwirkt. Ich glaube sogar, daß das „Fremden-Blatt“ keinen eigentlichen Chefredakteur hat. Sie werden schließlich doch zu der Ueberzeugung kommen, daß ein Blatt nicht allein von der Tatsache leben kann, daß es früher von einer hochstehenden Persönlichkeit gelesen wurde. Ich möchte nur erwähnen — vielleicht ist es ein Biß — daß man einem wegen eines politischen Delikts Verurteilten als Straßverschärfung das „Fremden-Blatt“ zu lesen gibt. Damit, daß ich dies alles vorbrachte, glaube ich der Öffentlichkeit gebient zu haben, und dazu bin ich hergekommen. Ich bin nicht gesonnen, mich in eine Diskussion einzulassen, umso weniger, als ich vollkommen überzeugt bin, daß die überwiegende Mehrheit dieser Versammlung auf einem anderen Standpunkt steht. Ich wollte nur meinen Standpunkt, den Standpunkt der Gesellschaftsmoral, vertreten.

Aktionär Summer schied sich hierauf an, den Saal zu verlassen.

Vorsitzender: Herr Mag. Summer, gehen Sie nicht fort, sondern bleiben Sie da! Sie sind schlecht informiert und müssen die nötigen Aufklärungen entgegennehmen! — Aktionär Summer: Ich habe keine Zeit. Ich muß zu einer Sitzung. (Stimmen aus der Versammlung: Das ist unerhör! Da bleiben! Das geht nicht: Zuerst angreifen und dann weglauen!) — Akt. Summer: Ich laufe nicht weg. Mich interessiert aber nicht, was Sie weiter vorbringen. Ich werde es morgen in den Zeitungen lesen. — Aktionär Summer entfernt sich.

Vorsitzender: Ich konstatiere mit Bedauern, daß Herr Mag. Summer zwar Angriffe gegen die Verwaltung erhoben, sich aber den zu erteilenden Aufklärungen durch un-motivierte Entfernung entzogen hat, und konstatiere, daß ich den Herrn Mag. Summer ausdrücklich eingeladen habe, in der Versammlung zu bleiben und die nötigen Aufklärungen über seine schlechten Informationen entgegenzunehmen. (Wiederholte Zurufe aus der erregten Versammlung, welche das Vorgehen des Magisters Summer mißbilligen.)

* Auf Grund des stenographischen Protokolls konstatieren wir, daß der Bericht, den der Abg. Summer selbst über seine Generalversammlung-Ausführungen ausgeschrieben hat, in keiner Weise dem entspricht, was er tatsächlich gesagt hat. Er hat vielmehr willkürlich ganze Sätze eingefügt und anderes nach Belieben abgeändert.